



AgEcon SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.

Wirtschaftsintegration und Agrarunion

Dr. E. S. Schlange

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode

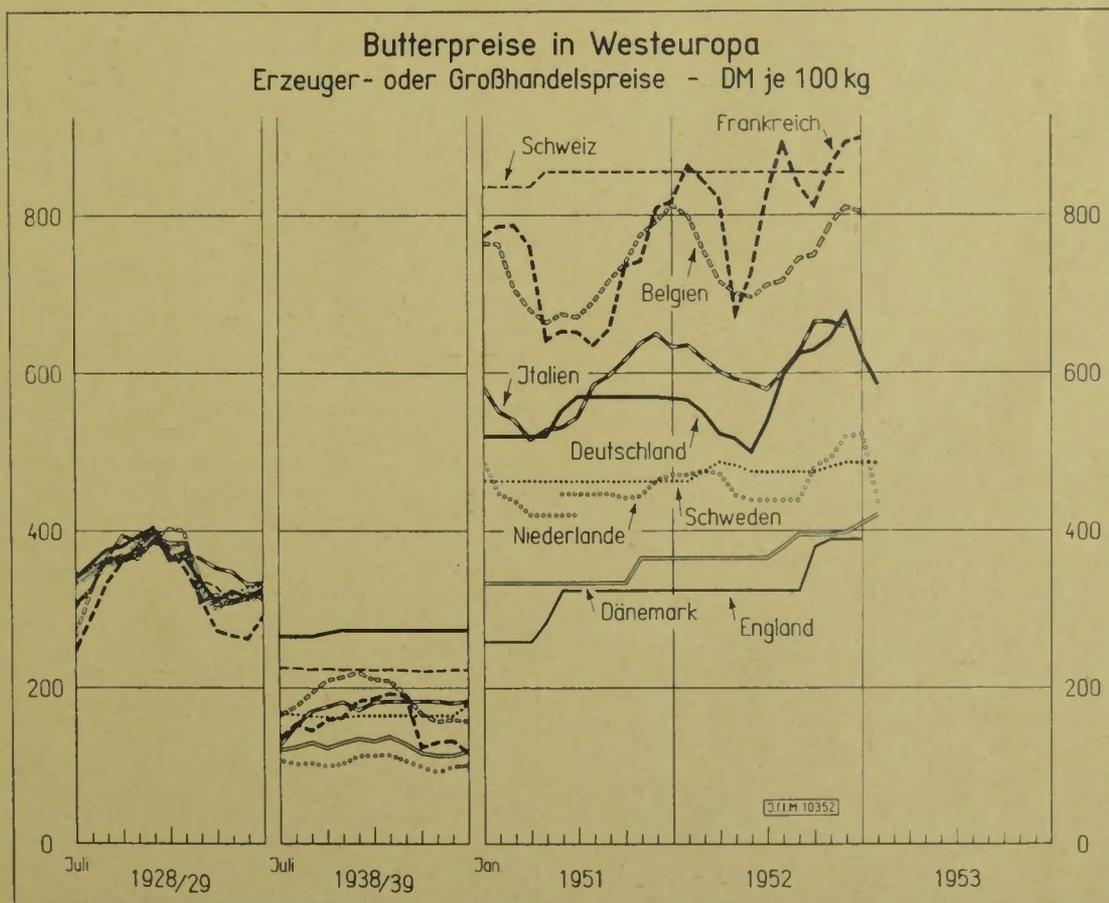
Mit Ausnahme von Dänemark sind die westeuropäischen Länder Netto-Importeure von Nahrungsmitteln. Diese Abhängigkeit vom Ausland zu vermindern, war seit Jahrzehnten aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen das Ziel der Agrarpolitik dieser Staaten. Der Krieg und die Hungerjahre der Nachkriegszeit haben diesen Bemühungen erneut Nachdruck verliehen.

Die Bildung eines gemeinsamen europäischen Marktes, der sich auch auf Agrarerzeugnisse erstrecken würde, wäre einer solchen Autarkiepolitik diametral entgegengesetzt. Der gemeinsame Markt für landwirtschaftliche Produkte würde dem Streben nach Unabhängigkeit im nationalen Rahmen ein Ende bereiten und an seine Stelle die europäische Ordnung setzen.

Es steht außer Zweifel, daß ein solcher Zusammenschluß Europas die Lebenshaltung verbilligen

und den Lebensstandard in Europa heben würde. Es ist außerdem zu erwarten, daß die Steigerung der europäischen Leistungsfähigkeit zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Stellung Europas führen und damit die Lösung des Dollarproblems erleichtern würde.

Seit Jahren ist die Bildung des gemeinsamen europäischen Marktes die Aufgabe des europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) in Paris. Die „Liberalisierung“ des Handels, d. h. die Aufhebung der mengenmäßigen Handelsbeschränkungen zwischen den Ländern, ist die erste Aufgabe dieser Organisation. Nach anfänglichen Erfolgen ist hier aber eine Stokung eingetreten, da bestimmte Wirtschaftszweige, darunter auch die Landwirtschaft der meisten europäischen Staaten, sich gegen eine weitere Ausdehnung des Wettbewerbs zur Wehr setzen.



Die nationale Politik

Mehr noch als den Wettbewerb fürchtet die Landwirtschaft der Einfuhrländer die etwaige Wiederholung einer weltweiten Krise. Deshalb legte die Wirtschaftskrise von 1930/32 den Grund zum heutigen System der autonomen Markt- und Preispolitik, deren Ausbau im Kriege vollendet wurde. Wie weit sich die Länder Europas seit 1928/29 auseinandergelebt haben, geht plastisch aus dem vorstehenden Schaubild hervor. Da die Erlöse aus der Rindviehhaltung für die Einnahmen der bäuerlichen Wirtschaft von größter Bedeutung sind, zielt die Agrarpolitik der westeuropäischen Staaten auf angemessene Milchpreise ab. Hieraus erklärt sich die starke Einflußnahme der Einfuhrländer auf den Buttermarkt.

Die Erhaltung des Bauerntums ist in allen Ländern mit kleinbäuerlicher Agrarverfassung das Ziel der Landwirtschaftspolitik. Vor allem die Schweiz, Belgien, Frankreich und Westdeutschland begründen ihre Schutzmaßnahmen mit der Sicherstellung der bäuerlichen Existenz. Die beiden Ausfuhrländer Dänemark und Holland dagegen fürchten eine Verstärkung des Wettbewerbs nicht; sie erwarten von der Bildung gemeinsamer europäischer Märkte eine Erleichterung ihres Absatzes. Dabei ist allerdings Dänemark durch seine Bindung an Großbritannien nur dann an einem gemeinsamen europäischen Markt interessiert, wenn seine Wirtschaftsbeziehungen zu England dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Für die Schweiz, Großbritannien und Schweden sind noch andere Gründe dafür maßgebend, daß sie der Organisation der europäischen Agrarmärkte mit Vorbehalt gegenüberstehen. Die Schweiz wünscht, ihre Neutralität in jeder Hinsicht zu erhalten. Großbritannien kann sich aus Rücksicht auf das Empire europäischen Organisationen nicht anschließen, und auch Schwedens Stellung zwischen Ost und West verbietet eine zu enge Bindung an eine westeuropäische Gemeinschaft.

Die Methoden, die zum Schutz der landwirtschaftlichen Märkte benutzt werden, sind im großen gesehen in allen Ländern die gleichen. Im Verkehr mit dem Ausland werden die Einfuhren durch Devisenzuteilung und Kontingentierung der Einfuhren — wie z. B. in Belgien oder Deutschland — bzw. durch Monopole oder monopolartige Zusammenschlüsse — wie in Schweden, der Schweiz und Frankreich — in bestimmten Grenzen gehalten. Im Inland werden Vorratsstellen und Marktverbände benutzt, um einen von der Regierung garantierten oder angestrebten Preis zu halten. Im Falle einer Überproduktion subventionieren einige Länder die Ausfuhr oder sie verbilligen bestimmte Nahrungsmittel für Schulspeisungen, Futtermittel usw., um den Markt auf diese Art zu entlasten.

Je nach Produkt bestehen hier allerdings charakteristische Unterschiede. Am weitgehendsten ist die Festsetzung und Lenkung der Getreidepreise; denn sie spielen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch durch ihre Bedeutung für den Brotpreis eine besondere Rolle, namentlich für die einkom-

menschswachen Verbraucherschichten. Auch wirtschaftspolitisch ist wegen des in Europa bestehenden großen Einfuhrbedarfes und der damit verbundenen Dollarausgaben die Förderung des Getreideanbaues von Bedeutung. Das gleiche trifft für den Zuckerrübenbau zu.

Bei Veredelungsprodukten ist die Einhaltung bestimmter Festpreise wegen der leichten Verderblichkeit, der Elastizität der Nachfrage und der erheblichen Angebotsschwankungen mit Schwierigkeiten verbunden. Grundsätzlich gilt für die Veredelungsprodukte, daß die Entwicklung des Verbrauchereinkommens einen großen Einfluß auf die Nachfrage hat. Deswegen gibt es für Fleisch nur in Ländern, in denen der Staat bereit ist, die dabei eventuell eintretenden Verluste zu tragen, wie in England oder Schweden, garantierte Preise. Ähnlich ist die Situation bei der Butter. Vor allem in Ländern, in denen der Eigenbedarf durch die einheimische Produktion ganz oder zum größeren Teil gedeckt ist oder in Exportländern, ist ein garantierter Preis schwerlich einzuhalten. Dagegen kann der Trinkmilchpreis wegen der relativ unelastischen Nachfrage und der durchgebildeten Absatzorganisation eher stabil gehalten werden.

Am geringsten ist die staatliche Einflußnahme auf dem Eiermarkt. Hier besteht heute schon eine weitgehende Parallelität der Preise auf dem europäischen Markt.

Agrarunion?

Der Vorschlag, die auseinanderlaufende Entwicklung in den einzelnen Ländern mit Hilfe einer Agrarunion aufeinander abzustimmen, schien anfangs für die Schaffung eines einheitlichen Marktes geeignet. Inzwischen hat sich jedoch ergeben, daß eine separate Organisation den europäischen Gedanken nicht fördern, sondern die Wirtschaftseinheit hemmen wird.

Die Kritik an den vorliegenden Plänen wendet sich dagegen, daß der Gedanke der Agrarunion dazu benutzt wird, Sonderinteressen zu fördern oder überhaupt an Stelle eines sinnvollen europäischen Wirtschaftsganzen, Teillösungen zugunsten eines Wirtschaftszweiges zu setzen. So ist dem eigentlichen Übel der unausgeglichene Zahlungsbilanzen und künstlichen Wechselkurse, an dem Europa seit der Weltwirtschaftskrise leidet, nicht zu Leibe zu rücken. Eine Teilunion würde die bestehenden Spannungen nicht beseitigen, sondern nur verlagern. Demgegenüber wäre ein Fortschreiten auf dem vom europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) eingeschlagenen Weg der Liberalisierung vorzuziehen, wenn die Disparität der Wechselkurse beseitigt, die Konvertibilität der Währungen eingeführt und überhöhte Zollsätze für Industriewaren und Agrarerzeugnisse abgebaut würden.

Eine stärkere Integration ist die Voraussetzung dafür, daß die Produktions- und Kaufkraftreserven eines vereinten Europas mobilisiert werden. Bei der engen Verbindung zwischen Verbrauchereinkommen und Nahrungsmittelverbrauch würde diese Entwicklung der europäischen Landwirtschaft neue Möglichkeiten eröffnen.